

Die Rückkehr der Staatsarchitektur

250 Jahre USA (Teil 1): Warum Donald Trump den Federal Style wiederbeleben will

geschrieben von Philipp Meuser

Das Jahr 2026 markiert den 250. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeit. Jubiläen dieser Art dienen gewöhnlich der Selbstvergewisserung einer Nation. Paraden, Ausstellungen und Gedenkreden erinnern an die politischen Gründungsakte und ihre historischen Protagonisten. Doch Architektur wird bei solchen Rückblicken selten als eigenständige historische Quelle betrachtet. Dabei ist gerade sie ein besonders präziser Zeuge politischer Ordnung. Gebäude geben Institutionen eine räumliche Form. Sie materialisieren Macht, Stabilität und gesellschaftliche Werte – oft nachhaltiger als jede politische Erklärung.

Neuengland als architektonischer Ursprung der Republik

Die architektonische Geschichte der Vereinigten Staaten beginnt nicht zufällig in Neuengland. Boston, Providence, Hartford und New Haven waren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht nur Zentren der Unabhängigkeitsbewegung, sondern auch Orte, an denen sich die räumliche Gestalt der jungen Republik entwickelte. Hier entstanden die ersten Parlamente, Universitäten und Verwaltungsgebäude eines neuen Staates. Architektur wurde zum Medium politischer Selbstbeschreibung.

Nach der Unabhängigkeit von 1776 suchte die junge Nation nach einer architektonischen Sprache, die ihre politischen Ideale sichtbar machen konnte. Der zeitliche Blick richtete sich dabei nicht nach vorn, sondern nach hinten. Klassische Architektur – mit Säulenordnungen, Giebeln und streng symmetrischen Fassaden – erschien als geeignete Form, um republikanische Tugenden zu symbolisieren. Die Referenz an die antiken Republiken Griechenlands und Roms sollte der politisch jungen Nation eine historische Tiefe verleihen, die sie selbst noch nicht besaß. Der in Europa Neoklassizismus genannte Stil war mit seiner Strenge eine Reaktion auf die überbordenden Formen des Barocks und des Rokokos.

Der in den USA als Federal Style bezeichnete Baustil entstand in diesem Kontext, wenngleich die abgebildete staatliche Ordnung von den bürgerlichen Eliten und nicht, wie in Europa, vom Adel oder den Kirchen ausging. Die Bauten des amerikanischen Neoklassizismus wirken moderat monumental, kontrolliert und diszipliniert. Sie vermeiden Übertreibungen und setzen stattdessen auf Proportion, Symmetrie und klare Raumordnung. In Neuengland wurde dieser Stil zur architektonischen Signatur der frühen Republik. Ein besonders prägnantes Beispiel ist das Massachusetts State House in Boston, das 1798 nach Plänen von Charles Bulfinch fertiggestellt wurde. Die goldene Kuppel über dem Beacon Hill erhebt sich bis heute über der Stadt und markiert den politischen Mittelpunkt des Bundesstaates.

Bulfinch griff auf europäische Vorbilder zurück – insbesondere auf den englischen Palladianismus, der noch barocke Elemente wie etwa die Kuppel oder den vorgelagerten Park enthielt. Dieser Stil war durch den italienischen Villenarchitekten Andrea Palladio geprägt worden, der sich vom Studium der antiken Römerruinen hatte inspirieren lassen und in ganz Europa Nachahmer fand. Doch das Baumaterial von Bulfinch und seinen Kollegen blieb zugleich regional geprägt. Ziegel aus Neuengland, Granit aus lokalen Steinbrüchen und Holz aus den umliegenden Wäldern bestimmten Konstruktion und Materialität. Die Architektur der jungen Republik war daher europäisch im Stil, aber amerikanisch in Material und Konstruktion. Sie war eine bewusste Transformation vorhandener Modelle unter neuen politischen Bedingungen.

Von Neuengland aus verbreitete sich diese Architektursprache über den gesamten Kontinent. Rathäuser, Gerichte, Universitäten und Bibliotheken griffen das Vokabular des Federal Styles auf und machten es zur visuellen Identität staatlicher Institutionen. Architektur fungierte damit über ihre reine Funktionserfüllung auch als Instrument politischer Legitimation. Gebäude sollten

Vertrauen schaffen, Stabilität vermitteln und die Idee einer rational organisierten Gesellschaft verkörpern.

Die politische Dimension dieser Architektur wird besonders deutlich, wenn man ihre Wirkung im öffentlichen Raum betrachtet. Klassische Fassaden vermitteln Ordnung und Dauerhaftigkeit. Sie suggerieren eine Kontinuität politischer Institutionen, die über einzelne Generationen hinausreicht. Architektur wird so zu einer Form politischer Semiotik: Sie übersetzt abstrakte Prinzipien wie Recht, Autorität und Gemeinwohl in räumliche Zeichen. Diese symbolische Funktion erklärt, warum die Architektur der frühen Republik bis heute eine so starke Wirkung entfaltet. Sie gehört zu den stabilsten Bildern amerikanischer Staatlichkeit. Genau hier setzt die aktuelle politische Debatte an.

Der Federal Style als politisches Programm

Der amtierende Präsident Donald Trump hat angekündigt, den Federal Style erneut zur bevorzugten Gestaltungssprache für Bundesbauten zu erklären. Auf den ersten Blick mag diese Entscheidung wie eine Frage persönlicher Vorlieben erscheinen. Tatsächlich handelt es sich um einen Eingriff in die symbolische Ordnung staatlicher Architektur. Wenn ein Präsident einen bestimmten Stil zur Norm erklärt, wird Architektur Teil eines politischen Programms. Für Trump verbindet sich mit der Rückkehr zur Architektur der frühen Republik die Vorstellung einer stärkeren nationalen Symbolik staatlicher Institutionen. Der Federal Style erscheint dabei als architektonischer Ausdruck eines vermeintlich klareren, stabileren und patriotischeren Amerika. Demokratien leben jedoch vom Selbstverständnis einer pluralistischen Architektur. Als Trump im vergangenen Herbst Sponsoren für den Bau eines neoklassizistischen Triumphbogens in Washington warb, wirkte dies visionär, selbstverliebt und irritierend zugleich.

Die Initiative für eine Rückkehr zur klassischen Staatsarchitektur entstand allerdings nicht primär innerhalb der Architektenschaft, sondern im Umfeld kulturpolitischer Organisationen in Washington. Eine zentrale Rolle spielte dabei die National Civic Art Society, eine Institution, die sich seit Jahren für die Wiederbelebung klassischer Architektur im öffentlichen Bau einsetzt. Ihr Präsident Justin Shubow gilt als maßgeblicher Initiator der entsprechenden politischen Vorstöße. Unter seiner Federführung entstand bereits 2020 der Entwurf einer Executive Order on Classical Architecture, die vorsah, klassizistische Gestaltungsprinzipien zur bevorzugten Sprache staatlicher Architektur zu erklären. Shubow argumentierte, dass klassische Architektur für die breite Öffentlichkeit verständlicher sei als die abstrakten Formen der Moderne und daher besser geeignet sei, staatliche Institutionen zu repräsentieren. Modernistische Staatsbauten erscheinen aus dieser Perspektive als Ausdruck einer architektonischen Elite, während klassische Formen als allgemein verständliche Sprache der Republik interpretiert werden. Die Initiative zielte deshalb darauf ab, die Architektur wieder stärker an historischen Vorbildern auszurichten und damit eine klar erkennbare Symbolik staatlicher Autorität zu etablieren. Der Vorstoß zeigt, dass der aktuelle Streit um Architektur weniger ein ästhetischer als vielmehr ein kulturpolitischer Konflikt ist: Es geht um die Frage, welche Bilder von Staatlichkeit und nationaler Identität im öffentlichen Raum sichtbar werden sollen. Damit steht diese Gruppe jedoch nicht im Zentrum der Architektenschaft. Andere Architekten, die ebenfalls mit historischen Formen arbeiten – etwa der kürzlich verstorbene Robert A. M. Stern – vertreten dagegen eine deutlich differenziertere Position. Stern verstand die neoklassische Architektur nicht als staatliche Doktrin, sondern als Teil eines pluralistischen architektonischen Diskurses, in dem unterschiedliche Stilsprachen nebeneinander bestehen können.

Die Kontroverse gewinnt zusätzliche Brisanz durch eine parallel geführte Debatte über die Zukunft des Berufsstands selbst. In den Vereinigten Staaten wird derzeit diskutiert, ob Architektur weiterhin als eigenständiger akademischer Beruf anerkannt werden soll. Politische Initiativen zielen darauf ab, staatliche Förderprogramme für Architekturstudiengänge zu reduzieren oder vollständig abzuschaffen. Sollte sich dieser Kurs durchsetzen, hätte dies erhebliche Folgen für die Baukultur des Landes.

Das Studium der Architektur gehört bereits heute in den USA zu den kostenintensivsten Ausbildungswegen. Ohne öffentliche Unterstützung wären sie zunehmend vom privaten Vermögen der Studierenden abhängig. Der Zugang zum Beruf würde sich verengen, während gesellschaftliche

Vielfalt verloren ginge. Berufsverbände wie das American Institute of Architects warnen daher vor einer Entwicklung, die langfristig die Qualität der gebauten Umwelt gefährden könnte. Neuengland bleibt in dieser Debatte ein besonderer Referenzraum, nicht nur, weil sich dort das Massachusetts Institute of Technology (MIT), die Yale School of Architecture und die Harvard Graduate School of Design, drei der wichtigsten Architekturschulen in den USA, befinden. Die Städte der Region haben ihre historischen Schichten weitgehend bewahrt. Koloniale Holzhäuser stehen neben klassizistischen Staatsgebäuden, industrielle Backsteinfabriken neben modernistischen Universitätskomplexen. Anders als viele europäische Städte wurde Neuengland nie durch großflächige Kriegszerstörungen verändert. Die Architektur erzählt hier noch immer von den politischen Entscheidungen vergangener Jahrhunderte. Die Evolution der modernen Bauformen lässt sich hier ohne große Brüche nachvollziehen.

Gerade deshalb eignet sich die Region als Spiegel der Gegenwart. Die Gebäude der frühen Republik erinnern daran, dass Architektur stets Teil politischer Programme war. Sie visualisierte Eigentumsverhältnisse, definierte öffentliche Räume und verlieh staatlicher Autorität eine sichtbare Form. 250 Jahre nach der Unabhängigkeit wird sichtbar, dass Architektur nicht nur Ausdruck politischer Ordnung ist – sondern auch ein Instrument ihrer Neuinterpretation. Die Frage, welche Architektur der Staat baut, ist letztlich immer auch die Frage, welches Bild er von sich selbst vermitteln will. Im Jubiläumsjahr 2026 wird dieses Bild stärker denn je politisch verhandelt.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 4/2026](#)